

35-Stunden-Woche, die vor 10 Jahren vom damaligen französischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin durchgesetzt wurde und mit deren Hilfe die Arbeitsteilung und somit das Leben der Arbeitnehmer verbessert werden sollten. Aber ihre Einführung wurde von Gesetzen begleitet, die gleichzeitig eine Flexibilisierung der Arbeit von Unternehmerseite her erlaubte und dieser Steuervorteile verschaffte. Im Ergebnis kam es zu einer schleichenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und einer weiteren Reduzierung staatlicher Einnahmen. In Frankreich arbeiten heute immer weniger Arbeitnehmer vor allem länger und zu schlechteren Konditionen als früher. Das Ergebnis ist eine erhöhte Streikbereitschaft.

Nach dem spektakulären Zusammenbruch der Sowjetunion vor rund zwei Jahrzehnten und dem anschließenden Abdriften Chinas, Vietnams und jetzt Kubas in Richtung eines (autoritären) Staatskapitalismus sollte endlich erkannt werden, dass die alten Rezepte und Reformmittel –

egal ob sozialdemokratischen, sozialchristlichen oder populistischen Zuschnitts – gegenüber der neuen Realität machtlos geworden sind. Mit Blick auf die Ergebnisse muss konstatiert werden, dass die Sozialdemokratie ihre Vision des Kapitalismus und ihre alternativen Vorschläge offensichtlich noch nicht zu formulieren weiß.

Auch bei dem Treffen in Costa Rica ist nichts in dieser Hinsicht geschehen. So würdigte etwa der sozialdemokratische Ex-Präsident Guatemalas, Alvaro Colom, in seiner Rede zwar die Errungenschaften seiner Regierung, hielt es aber nicht für angebracht, über seine Niederlage gegen den pensionierten General Otto Pérez Molina und seiner Partei, der rechtsextremen und populistischen Partido Patriota, im vergangenen November zu reflektieren. Gleiches geschieht zum Teil auch in Europa. Vor diesem Hintergrund war das Treffen der SI ein weiteres Warnsignal.

(Aus dem Spanischen von Svenja Blanke, *Nueva Sociedad*) ■

Gero Maaß

Die Last der Märkte abschütteln

Wie Demokratie und Sozialstaat in Europa entwickelt werden können

Die Europäische Einigung steckt in ihrer bislang tiefsten Krise: Welche Lehren ziehen wir aus der Finanzkrise und deren Folgekrisen, um Europa weiterzuentwickeln? Prozessuale und institutionelle Ansätze wie der Fiskalpakt werden nicht reichen. Europa fehlt ein Projekt, das sich mindestens fünf zentralen Baustellen annehmen muss:

Stabilitätsdefizit: Die Ausläufer der Finanzkrise haben sich in der Union inzwischen als Staatshaushaltskrisen breit gemacht. Obwohl die vermeintliche Eurokrise keine eigentliche Krise der Gemeinschaftswährung, sondern – je nach Land –



Gero Maaß

(* 1954) ist Leiter der Internationalen Politikanalyse der FES.

gero.maass@fes.de

eine Kombination der Verschuldung der Staatshaushalte, der Privathaushalte und des Bankensektors einzelner Mitglieder ist, würde das Scheitern des Euro als Speerspitze der europäischen Integration doch ein erhebliches Gefahrenpotenzial, auch

für die politische Zukunft der EU, in sich tragen.

Der Fiskalpakt gerät als *pain without gain* zu Recht immer mehr in die Kritik, die sozialen und politischen Begleiterscheinungen des bisherigen Austeritätscurses lassen sich nicht mehr ignorieren. Immer mehr EU-Länder gleiten in die Rezession, Arbeitslosenquoten erreichen demokratiegefährdende Niveaus, Populisten und Extremisten wittern Morgenluft. Mit dem Wahlsieg von François Hollande dürfte das Lager der Befürworter einer mehr wachstumsorientierten Konsolidierung gestärkt werden.

Strukturdefizit: Der Druck der Schuldenkrisen hat das wirtschaftspolitische Strukturdefizit des gemeinsamen Währungsraums offengelegt, er verfügt über keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie unklare und unzureichende Regelungen für eine gemeinsame Geldpolitik durch die EZB. Zudem hat die makroökonomische Heterogenität zwischen den Mitgliedern der Euro-Zone zu- statt abgenommen, was sich in der immer weiter auseinanderklaffenden Schere von wachsenden Zahlungsbilanzdefiziten und -überschüssen niederschlägt. Schließlich wurde noch kein ausreichendes neues Regelwerk für den unkontrollierten Finanzsektor gefunden.

Soziales Defizit: Zu den destabilisierenden Ungleichgewichten zwischen den Mitgliedsstaaten gesellt sich die wachsende Ungleichheit innerhalb der Länder. Das gewerkschaftlich-sozialdemokratische Leuchtturmprojekt des sozialen Europa hat bislang nur wenig realpolitischen Niederschlag gefunden, gleichzeitig hohlen die Liberalisierungs- und Flexibilisierungsprozesse der vereinbarten Binnenmarktintegration nationale sozialstaatliche Regelungen zusehends aus.

Demokratiedefizit: Eine Krise ist immer die Stunde der Regierung: Das Dilemma zwischen der Notwendigkeit europäischer Entscheidungsfindung und nationaler Legitimationsgenerierung hat sich in

den letzten Jahren verschärft. Zudem hat die von Erhard Eppeler prognostizierte Wirkungskette von der Finanz- über die Wirtschafts- zur Staats- und schließlich Demokratiekrise reale Konturen angenommen.

Strategisches Defizit: Europa in seiner jetzigen Form und Bedeutung wird nur überleben, wenn es seinen Integrationsprozess von längerfristigen strategischen Überlegungen leiten lässt, hinsichtlich der inneren Angelegenheiten, des geopolitischen Selbstverständnisses und der globalen Verantwortung.

Weder nationaler Rückzug noch Europa-Mantra als Königsweg

Die Suche nach einer Lösung für diese Defizite findet in einem Spannungsfeld von steigendem Problemdruck, wachsenden Souveränitätsvorbehalten, abnehmender Legitimität und mangelhafter nationaler wie europäischer Steuerungsfähigkeit statt. Lösungen für alle fünf Herausforderungen lassen sich nicht gleichzeitig und konfliktfrei erreichen.

Eine Renationalisierung verbunden mit leichtfertigen Austrittsempfehlungen aus dem Euro-Raum oder Hinweisen, dass die Mitglieder – allen voran Deutschland – sich mit Verweis auf die Subsidiarität und einen »aufgeklärten Protektionismus« (Martin Höpner) wieder konsequent national orientieren sollten, sind wenig hilfreich: Die Folgen einer solchen Nicht-Integration wären schwer kalkulierbar: Sie würde langfristig die Grundlagen der europäischen Lebenswelt von Demokratie, Freiheit, Frieden, kultureller Vielfalt und Prosperität bedrohen – und damit auch die Chance, ein alternatives Gesellschaftsmodell zum US-amerikanischen wie zu den asiatischen Kapitalismen aufrechtzuhalten.

Auch aus sozialdemokratischer Perspektive lässt sich kein Königsweg formulieren. Die Hoffnung, dass man über den europäischen Umweg fortschrittliche Regelungen

gen etablieren kann, für die auf nationaler Ebene die politische Durchsetzungsfähigkeit fehlt, ist trügerisch. Ein selbstkritischer Rückblick wird prägenden sozialdemokratischen Einfluss auf die europäische Integration in den letzten zwei Jahrzehnten vergeblich suchen. Selbst um die Jahrtausendwende, als die politische Landkarte der EU-Mitgliedsländer noch mehrheitlich rot eingefärbt war und die Mitte-Links-Regierungen die Lissabon-Agenda Europa 2010 beschlossen, blieb der neoliberale ökonomische Mainstream in den Wirtschaftspolitiken dominant und hinterließ im Zuge der liberal-konservativen Mehrheiten im Rat, der Kommission und dem EP entsprechende Spuren im europäischen Integrationsprozess.

Im Rückblick war Europa ein Stiefkind sozialdemokratischer Politiken: Als Friedensprojekt zu Recht noch verehrt, vertraute man im harten sozioökonomischen Alltag doch eher auf nationale Regelungen. Dabei wusste man doch spätestens seit Mai 1982 (dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel der damaligen PS-geführten Regierung von François Mitterrand in Frankreich), dass sozialdemokratische Projekte im Alleingang in Europa der Vergangenheit angehören.

Nach dem Friedensmodell ist das Gesellschaftsmodell heute der zentrale europapolitische Gestaltungsauftrag. National wie europäisch sucht die Sozialdemokratie nach konzeptioneller Neuorientierung, die ihre Grundwerte im Lichte der aktuellen Herausforderungen in neue Politikangebote gießen könnte. Die Regulierung des globalisierten europäischen Kapitalismus bietet hierfür eine Chance: Arbeitete die Sozialdemokratie einst für die Einhegung der Marktwirtschaft im Nationalstaat, so besteht ihre Herausforderung heute darin, neue Regulationsmuster für das globalisierte Kapital ins Werk zu setzen. Sinn ergeben solche europäisierten Politiken indes erst dann, wenn sie wirklich marktbegrenzend operieren und nicht, wie bislang,

im Namen der Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik die wirtschaftliche Globalisierung auch noch politisch-institutionell unterfüttern.

Leitbilder für eine differenzierte Integration

Die EU wird noch auf absehbare Zeit weder Nation noch Föderation sein, aber auch kein Europa der Vaterländer, sondern ein Geflecht aus Kooperations- und Kompromissmechanismen auf vielen Ebenen. Drei Leitbilder könnten den Weg zu einer stärker sozialdemokratisch geprägten europäischen Wohlfahrts- und Sicherheitsunion leiten:

Vertiefung und Erweiterung flexibel zusammenbinden: Die periodische Aufnahme immer neuer Mitglieder gehört mit zur europäischen Erfolgsgeschichte und hat sowohl zur wirtschaftlichen nachholenden Entwicklung wie zur politischen Stabilität des Kontinents beigetragen. Neue Erweiterungsrunden drohen aber die Gemeinschaft im Zeichen der oben skizzierten Herausforderungen in die Entscheidungs- und Steuerungsunfähigkeit zu führen. Andererseits sollte die EU zu ihren Versprechen stehen. Insbesondere für die Staaten des Westbalkans wären die politischen, sozialen und ökonomischen Kosten immens, sollte die Union diesen Ländern eine Integrationsperspektive rauben.

Durch differenzierte Integrationsangebote könnten Vertiefung und Erweiterung zusammengebracht werden: Eine flexible Netzwerkstruktur mit Durchlässigkeit von außen nach innen: Den integrationswilligen und -fähigen Mitgliedern eröffnet dies vertiefende Kooperationsperspektiven auf unterschiedlichen Politikfeldern bis hin zu einer bundesstaatsähnlichen Gemeinschaft; anderen böte es souveränitätsschonende Lösungen, die ihren politischen Integrationsbedenken Rechnung tragen; neuen Mitgliedern offeriert es heranführende Politiken nachholender Entwicklung ohne

das starre Korsett sozialer wie ökonomischer Leistungskriterien, die sie zunächst zu überfordern drohen; große Staaten der Nachbarschaft könnten ein klares Kooperationsangebot anstatt immer wieder vertagter Mitgliedsversprechen erwarten.

Letztlich bildete sich schon seit den Römischen Verträgen ein Geflecht differenzierter Kooperationstiefen heraus. Weitere differenzierte Integrationskonzepte für einzelne Politikbereiche mit durchaus unterschiedlichen Mitgliedschaften und unterschiedlicher Rechtsgrundlage sind also möglich.

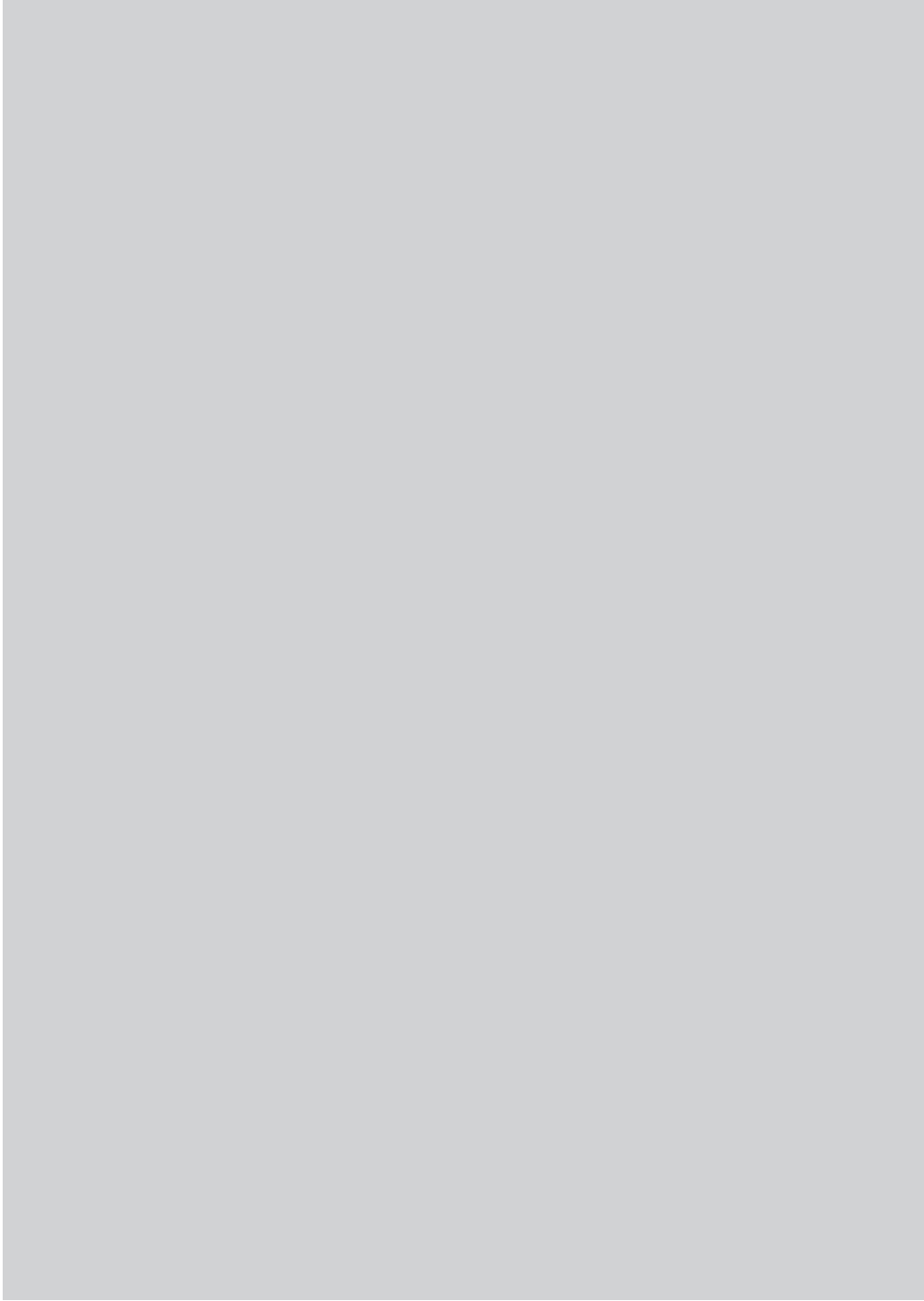
Europäische soziale Marktwirtschaft: Statt der Schuldenbremse hätte Deutschland für Europa ein viel erfolgversprechenderes Leitbild anzubieten: einen regulierten Kapitalismus der sozialen Marktwirtschaft. Auch in Deutschland leidet diese unter »Gleichgewichtsstörungen« und muss mit neuem Leben gefüllt werden. Für eine europäische Ausdehnung der sozialen Marktwirtschaft mit sozialdemokratischen Vorzeichen gibt es trotz aller Unterschiede der wohlfahrtsstaatlichen Systeme Anknüpfungspunkte. Alle europäischen Gesellschaften zeichnen sich durch ein Set ökonomischer und sozialer Strukturmerkmale aus, die den Kernbestand einer sozialen Marktwirtschaft widerspiegeln und schrittweise weiterentwickelt werden können: einen interventionsfähigen Staat, ein robustes Sozialsystem, durch wirtschaftsdemokratische Regelungen gestützte und handlungsfähige Gewerkschaften mit gesellschaftspolitischem Gestaltungsanspruch, einen Konsens über die Erhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie eine langfristiger orientierte Unternehmensführung.

Wirtschaftspolitisch dringend ist die Formulierung von konkreten Alternativen zur Austeritätspolitik, die inhaltlich wie begrifflich über den schon angemahnten Wachstumspakt hinausgehen. Nach der Wahl von François Hollande wird dieser

Diskurs Fahrt aufnehmen. Sozialdemokratische Konzepte, die über die Stichworte Marshall-Plan und Finanztransaktionssteuer hinausgehen, sind Mangelware und müssen mindestens drei Anforderungen gerecht werden: Sie müssen kompetent die aktuelle Krise bekämpfen, dabei Investitionsimpulse entfalten und zudem noch progressive Politikangebote beinhalten.

Entscheidende Wegmarken für ein europäisches Investitionsangebot

Zunächst sollte eine Debatte über eine Stärkung der steuerlichen Einnahmeseite geführt werden. Da die Wachstumschancen und -felder in Europa sehr unterschiedlich verteilt sind, würde ein Programm für die industrielle Erneuerung allein zu kurz greifen. Die Finanzwirtschaft müsste wieder an ihre realökonomischen Funktionen in den Volkswirtschaften gebunden und deren Akteure angemessen an den Kosten der Krise beteiligt werden. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik kann sich ferner nicht allein an den Leitbildern Haushaltskonsolidierung durch Sparen und Wettbewerbsfähigkeit ausrichten. Solidarische Elemente müssen hinzutreten, z.B. die steuerliche Harmonisierung etwa bei der Unternehmensbesteuerung. Zudem gilt es, neben den Defizit- auch die Überschussländer zu klaren Anpassungsanstrengungen zu verpflichten. Schließlich braucht eine Währungsunion von Ökonomien mit unterschiedlichen Entwicklungsniveaus ausgleichende Finanztransfers. Solche Mechanismen gibt es in verdeckter Form schon heute – gefragt ist Mut zur offenen Solidarität etwa in Form von Eurobonds. Aus sozialpolitischer Perspektive könnte ein sozialer Stabilitätspakt, der Mindeststandards und sozialpolitische Zielkorridore formuliert, handlungsweisend sein. Auf der europäischen Bühne müsste neben der demokratischen auch die



soziale Rechtsstaatlichkeit verfassungsmäßig verankert wird.

Ausbalancierte Integrationsdynamik vorsorgender Europapolitik: Reichte früher der Verweis auf die insgesamt positiven Effekte der Europäischen Integration für die Mitgliedsstaaten und ihre Gesellschaften (Output-Legitimation), wird es in Zukunft nicht ohne neue demokratische Verfahren gehen (Input-Legitimation). Im Rahmen des Lissabon-Vertrages und nationaler Gesetzgebungen wurden die europapolitischen Kompetenzen der nationalen Parlamente gestärkt. Auch eine Abgabe von Gestaltungsaufgaben an supranationale Entscheidungsträger wie das EU-Parlament ist bislang noch nicht ausgeschöpft. Alle Vorschläge zur Stärkung der europäischen Demokratie haben indes die grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Erosion des »one man, one vote« bislang noch nicht ausräumen können.

Die EU kann als Ausdruck einer von ökonomischen Triebkräften ins Werk ge-

setzten strukturellen Transformation des Staates gesehen werden. Sie ist auch Ergebnis eines historisch fundierten politischen Willens der europäischen Gesellschaften zu neuen Kooperationsformen bei Wahrung nationaler Identitäten. Übergeordnete strategische Politikentscheidungen waren und sind deshalb immer mit ökonomischen und finanziellen Kosten verbunden gewesen.

Zu lange hat sich Europa aber von den schnellen Märkten dominieren lassen. Die »langsame« demokratische Politik muss jetzt nachziehen. Deutschland sollte hier als größte Volkswirtschaft der Gemeinschaft ihr Gewicht einsetzen. Finanzielle Folgewirkungen und Verbindlichkeiten könnten sich daraus ergeben. Kontrollierte, mit Konsolidierungs- wie Investitionsimpulsen verbundene Beiträge vorab wären aber aus vorsorgender, strategischer Sicht unkontrollierten Folgeverlusten (z.B. durch Schuldenschnitte für Staaten bzw. Banken oder eine schleichende Inflation) vorzuziehen. ■

Hans-Joachim Schabedoth

Der europäische Fiskalpakt – ein weiterer unzulänglicher Versuch der Krisenbewältigung

Die Finanzmarktkrise hat seit 2008 die EU-Staaten zu einer Serie von Anpassungsreaktionen gezwungen, um drohende Wohlstandsverluste und Beschäftigungskrisen abzuwehren oder einzugrenzen. Aus dem Blick geraten ist dabei, dass jeder aktuelle Anpassungsschritt die vorangegangenen als unzureichend entlarvte.

Hans-Joachim Schabedoth

(* 1952) ist Sozialwissenschaftler, leitete bis 2009 die Abteilung Grundsatzfragen beim DGB-Bundesvorstand in Berlin und arbeitet jetzt beim Vorstand der IG Metall zu Grundsatzfragen der Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik.

achim.schabedoth@igmetall.de



ist der aktuellste Versuch in einer Reihe von Maßnahmen und Absprachen, die Krisenfolgen mit ihren besonders negativen Auswirkungen für die europäischen Staatshaushalte einzudämmen. Solange die Politik aber nicht darauf einwirkt, die Ursachen der Finanzmarktkrise aufzulösen, vermag auch die jeweils aktuellste Anpassungsreaktion kein Vertrauen in die Regulierungskraft der Staaten zu vermitteln. Im Gegenteil bleibt der Eindruck bestehen, die

Der Anfang März 2012 von 25 der 27 EU-Staaten unterzeichnete Fiskalpakt